

**1. Frage:**

**Wird sich Ihre Partei bei der aktuell anstehenden Reform des Rentensystems dafür einsetzen, dass die Erziehungsarbeit der Eltern als Grundlage künftiger Renten bei der Rentenberechnung der Erwerbsarbeit zumindest gleichgestellt wird?**

Die Honorierung der Erziehungs- und Pflegezeiten bei der Rente stellt einen ganz entscheidenden Eckpfeiler der Rentenpläne der Großen Koalition auf Bundesebene dar.

So ist im von SPD, CDU und CSU ausgehandelten Koalitionsvertrag unter anderem die Einführung einer Grundrente vorgesehen, welche „für bestehende und zukünftige Grundsicherungsbezieher gilt, die 35 Jahre an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten aufweisen“. Hieraus geht die klare Zielrichtung einer Gleichstellung von Erziehungs-, Pflege- und Erwerbsarbeit hervor.

Ähnliches trifft auf das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil am 13. Juli vorgestellte Rentenpaket bzw. den damit zusammenhängenden Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung zu. Der Gesetzentwurf wird nun eingehend beraten und soll zum 1. Januar 2019 in Kraft treten.

**2. Frage:**

**Wird sich Ihre Partei für eine Reform des Elterngeldgesetzes einsetzen, mit dem Ziel, alle Eltern gleich zu behandeln, indem nicht der vorherige Erwerbslohn, sondern die elterliche Sorgearbeit zum Maßstab genommen wird?**

Die SPD setzt sich dafür ein, die Sorgearbeit (Kindererziehung und Pflege von Angehörigen) besser finanziell anzuerkennen. Darauf zielt das Modell einer „Familienarbeitszeit“ ab, die unter anderem eine monatliche Geldleistung bei Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit zum Zwecke der Sorgearbeit vorsieht (zusätzlich zum Elterngeld). Um auch pflegende Angehörige besser abzusichern, werden wir uns auf Bundesebene dafür stark machen, dieser Gruppe – analog zu Elterngeldbezieherinnen und -beziehern – den Zugang zu steuerfinanzierten sozialen Leistungen zu ermöglichen.

Vor allem aber plädieren wir für einen echten Paradigmenwechsel in dem Sinne, politische Maßnahmen vom Kind aus zu denken. Deshalb setzen wir uns für die Einführung einer eigenen Grundsicherung für Kinder ein, damit alle Kinder gleiche Zugangschancen zu Bildung, Gesundheit und Freizeit erhalten.

**3. Frage:**

**Wird sich Ihre Partei für eine der staatlichen Krippen-Förderung (U3) entsprechende Honorierung der elterlichen Erziehungsarbeit einsetzen, die den Eltern die freie Entscheidung überlässt, dieses Honorar entweder selbst zu behalten als Lohn für ihre persönliche Erziehungsarbeit oder aber es einzusetzen zum „Einkauf“ von Fremdbetreuung ihrer Wahl, um anderweitig erwerbstätig sein zu können?**

Unser Ziel ist es, den Familien in Bayern echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, damit diese ihre individuelle Lebensplanung verwirklichen können. Wir schreiben hier keinen Weg vor, sondern wollen die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen schaffen, damit die Eltern selbst entscheiden können.

Dabei spielen die Faktoren Geld, Infrastruktur und Zeit eine entscheidende Rolle.

Deshalb erachten wir die Einführung einer staatlich geförderten Familienarbeitszeit für sinnvoll. Diese erhöht die Wahlfreiheit der Eltern und schafft die Möglichkeit zur partnerschaftlichen Aufteilung der Erziehungsarbeit. Damit der Zugang der Kinder zu frühkindlicher Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, setzen wir uns darüber hinaus dafür ein, die Elterngebühren für Kindertageseinrichtungen schrittweise abzuschaffen. Auch halten wir es für notwendig, das derzeitige Ehegattensplitting zu einem sozial gerechten Familiensplitting weiterzuentwickeln und eine Kindergrundsicherung einzuführen.

Mit diesem Maßnahmenbündel lässt sich entscheidend dazu beitragen, dass Eltern flexibler über ihre Zeitaufteilung in den verschiedenen Lebensbereichen sowie über die Art der Betreuung ihrer Kinder

entscheiden können.

#### **4. Frage:**

##### **Ist Ihre Partei bereit, sich mit neueren neurobiologischen Erkenntnissen zur Kleinkindbetreuung auseinanderzusetzen?**

Selbstverständlich setzen wir uns sehr intensiv mit der einschlägigen Forschung aus den verschiedensten Fachbereichen auseinander. Die wichtigste Erkenntnis ist dabei aus unserer Sicht, dass sowohl die Familie als auch die Kita bzw. der Kontakt zu Gleichaltrigen die ersten Jahre unserer Kinder sowie deren weitere Entwicklung entscheidend prägen.

Einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe für alle Kinder sowie die Voraussetzungen für Bindungsaufbau und bestmögliche Bildung von Anfang an zu schaffen, ist daher von unschätzbare Bedeutung. Auch im reichen Bayern sind fast 250.000 Minderjährige von Armut bedroht – mit allen möglichen Folgeerscheinungen (Gefahr der sozialen Isolation, schlechtere Bildungs- und Berufschancen etc.).

Klar ist für uns zudem: Um Eltern wirkliche Wahlfreiheit zu ermöglichen, brauchen wir ausreichend qualitativ hochwertige Kindertageseinrichtungen in Bayern. Dies funktioniert aber nur dann, wenn die Kitas angemessen finanziell ausgestattet werden und die Personalsituation entsprechend verbessert wird. Zu unserem Bedauern hat die CSU-Mehrheitsfraktion erst kürzlich unsere Vorschläge hierzu abgelehnt, die wir im Rahmen des Zweiten Nachtragshaushalts 2018 eingebracht hatten.